

**ANFRAGE** von Nadia Koch (GLP, Rümlang) und Stefanie Huber (GLP, Dübendorf)

Betreffend Deutschkenntnisse nach Abschluss der Volksschule

---

Wir stellen fest, dass sich die PISA-Ergebnisse im Lesen seit 2018 nicht verbessert, sondern nochmals um einen Punkt verschlechtert haben. Gute Deutschkenntnisse bilden die Grundlage, um sich Wissen und Kompetenzen anzueignen und somit im Berufsleben bestehen zu können. Der Anteil von leistungsschwachen Schülern liegt gemäss dem neusten, im Dezember 2023 veröffentlichten PISA-Test bei 25 Prozent. Ein Viertel aller 15-Jährigen kann also kurz vor dem Ende der obligatorischen Schulausbildung nur ungenügend lesen. Die Wirtschaft und insbesondere Lehrbetriebe fordern seit längerem, dass diese Problematik prioritär angegangen werden muss.

Die bisher getroffenen Massnahmen scheinen nicht wirksam zu sein oder nicht angewendet zu werden. Bereits im Jahr 2015 reagierte der Regierungsrat auf die dannzumal erst 20% 15-Jährigen mit ungenügenden Lesekompetenzen. In seinem Beschluss vom 2. Dezember 2015 verfügte er eine grosszügige Dispensationsregelung von einzelnen Fächern zugunsten von mehr Deutsch- und Mathematikunterricht. Was bisher als Sondermassnahme bloss in Einzelfällen gewährt wurde, sollte neu vermehrt als Fördermassnahme eingesetzt werden. Leider wurde diese neue Regelung nach unserer Kenntnis nur in Einzelfällen, jedoch nie in der geforderten und nötigen Breite (20% der Jugendlichen) umgesetzt. Auf Grund von zahlreichen Gesprächen vermuten wir, dass Lehrpersonen und Führungspersonen an Schulen vor grossflächigen Dispensationen zurückschrecken, weil sie Bedenken haben, dass den Schülerinnen und Schülern der weitere Berufsweg damit verbaut werden könnte. Mitarbeitenden an Volksschulen ist oft nicht bekannt, dass für zahlreiche Berufslehren heute Französisch und teilweise sogar Englisch keine Voraussetzungen mehr sind und somit eine Dispensation möglich wäre.

Fragen:

1. Ist dem Regierungsrat bekannt, dass die beschlossene Massnahme nicht im beabsichtigten Rahmen umgesetzt wird?
2. Ist der Regierungsrat in Anbetracht der erneut schlechten PISA-Deutsch-Resultate bereit, Massnahmen zu ergreifen, um die Umsetzung des Beschlusses vom 2.12.2015 an den Zürcher Volksschulen zu forcieren?
3. Falls ja, welche Massnahmen plant der Regierungsrat (i.e. Handreichung zur Umsetzung, Bewilligung von Stellenprozenten für den zusätzlichen Deutschunterricht, Schulungen, Informationskampagne)?
4. Ist der Regierungsrat bereit, im Rahmen der bereits lancierten Sprach-Austauschprogramme auch Sprachaufenthalte zu ermöglichen für Jugendliche, welche während ihrer obligatorischen Schulzeit von einer Fremdsprache dispensiert wurden und nun eine Berufsbildung anstreben, in welcher Fremdsprachenkenntnisse gefordert werden?
5. Welche anderen Möglichkeiten sieht der Regierungsrat zur Verbesserung der Situation?

Nadia Koch  
Stefanie Huber